

Es gilt das gesprochene Wort.



**Fraktion
Bündnis Oberhausener Bürger
im Rat der Stadt Oberhausen**

Rede zum

Haushalt 2015 und Haushaltssanierungsplan 2015

Ratssitzung am 17. November 2014

Karl-Heinz Mellis

**Vorsitzender der Fraktion Bündnis Oberhausener Bürger
im Rat der Stadt Oberhausen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

noch in der letzten Ratssitzung am 15.09.2014 erklärte der Kämmerer vollmundig, dass der Haushaltssanierungsplan voll auf Kurs sei. Bereits ein Monat später, am 17.10.2014, musste er eine Haushaltssperre bis zum Jahresende erlassen und kleinlaut einräumen, dass das geplante Haushaltsdefizit 2014 von 51,7 Mio. € um rund 12 Mio. € überschritten wird. Einbrüche und Verschiebungen in der Gewerbesteuer seien der Grund. Damit ist die Stadt nahezu handlungsunfähig und auf dem besten Weg, einen Sparkommissar aus Düsseldorf zu bekommen.

Diese Maßnahme offenbart die wirtschaftliche und personelle Misere, in der die Stadt steckt. Der Haushalt ist auf Kante genäht und das Führungspersonal offenbar überfordert, die Entwicklungen zu analysieren und gezielt gegenzusteuern. Die Einnahmeausfälle sollen nun durch weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen ausgeglichen werden. Bisher sind alle Haushaltssanierungspläne kurz nach ihrer Beschlussfassung gescheitert. Die Ampelkoalition setzt den Kurs der ehemals rot-grünen Stadtregierung unverändert fort und führt Oberhausen immer tiefer in die wirtschaftliche Krise.

Ein bis 2021 laufendes 590-Millionen-Euro-Sparpaket wurde im Sommer 2012 vom Rat der Stadt beschlossen. Knapp ein halbes Jahr später reduzierte die rot-grüne Landesregierung den Sonderzuschuss für arme Kommunen (Stärkungspaket), so dass sich der Verlust bis 2021 auf 76 Millionen Euro addiert. Gleichfalls lieferte die Gewerbesteuer in dieser Zeit 20 Millionen Euro weniger Erträge gegenüber der Planung. Damit war der Haushaltssanierungsplan für 2012 gescheitert.

Auch im Jahr 2013 ist der Haushaltssanierungsplan gescheitert, da das städtische Defizit mit 72 Millionen Euro deutlich höher als geplant ausgefallen ist.

Am 16.07.2013 wurde der Haushaltsentwurf für 2014 vorgestellt. Auf dem Papier schafft der Kämmerer bis 2021 einen ausgeglichenen Haushalt. Der

Gesamtergebnisplan für 2014 weist ordentliche Erträge von 670 Millionen Euro und ordentliche Aufwendungen von 671 Millionen Euro aus. Hieraus ergibt sich ein Minus von 0,3 Millionen Euro als Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit. Hinzu kommen noch Belastungen – vor allem aus Zinsen von Altschulden – die sich auf 51,4 Millionen Euro belaufen und zu einem Gesamtergebnis von minus 51,7 Millionen führen, das in den Jahren 2015 und 2016 auf 24,9 Millionen und 12,9 Millionen Euro jeweils halbiert werden soll. Ziel ist ein erstmaliger Ausgleich in 2017.

Entscheidend für einen ausgeglichenen Haushalt ist aber, dass die rot-grüne Landesregierung der Stadt Oberhausen entgegenkommt: Düsseldorf muss die Kürzung beim Stärkungspaktzuschuss für Oberhausen abmildern, so dass die Einbußen bis 2021 nur bei 23 Millionen Euro statt 76 Millionen Euro liegen. Ohne dieses Entgegenkommen des Landes kann der geforderte Haushaltsausgleich und ohne Stärkungspaktmittel bis 2021 wieder nicht gelingen.

Die SPD-geführte Landesregierung traut nun der Zusage ihrer eigenen Genossen in Berlin nicht, so dass der Innenminister zunächst die Finanzspritze aus Berlin nicht als verbindlich einrechnet und ein weiteres Opfer der Bürgerinnen und Bürger einfordert.

Um in den Genuss von Stärkungspaktmitteln für das Jahr 2015 zu kommen, muss Oberhausen als ärmste NRW-Stadt weitere Einsparungen in Höhe von 5,7 Mio. € planen. Das soll durch einen weiteren Griff in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger erfolgen. Unter dem Deckmantel des Lärmschutzes sollen Autofahrer durch zusätzlich aufzustellende Blitzanlagen alleine 3 Mio. € in die Haushaltskasse spülen. Das Ganze hat mit verkehrserzieherischen Maßnahmen absolut nichts zu tun. Es geht einzig und allein darum, den Haushalt durch diese Maßnahme noch genehmigungsfähig zu machen. Die Straßen, Plätze, Bürgersteige sowie Kanäle sollen noch weniger als bisher instand gehalten werden. Durch diese ebenso nicht zu akzeptierende Maßnahme sollen weitere 2 Mio. € eingespart werden.

Die rot-grüne-gelbe Stadtregierung versucht die Finanznot und die Einnahmeausfälle immer mit Erhöhung der Gewerbesteuer oder Gebührenerhöhungen auszugleichen. Das führt aber stets zu weiteren Steuerausfällen, da Gewerbebetriebe Oberhausen verlassen und sich in

wirtschaftlich günstigeren Städten ansiedeln. Nur durch Gewerbesteuerensenkungen kann man Gewerbebetriebe nach Oberhausen locken und erzielt durch die Neuansiedlungen mittelfristig auch insgesamt höhere Gewerbesteuer.

Die Stadt Oberhausen erlebt seit Jahren einen fortschreitenden wirtschaftlichen Niedergang. Derzeit belaufen sich die Schulden auf fast 1,9 Milliarden Euro, davon 1.550 Milliarden Euro an Liquiditätskredite. Gem. der Prognose für 2014 nimmt die Stadt insgesamt nur 670 Millionen Euro ein und muss davon alleine 51,4 Millionen Euro an Zinsen zahlen. Der finanzielle Zusammenbruch der Stadt Oberhausen hat auch negative Auswirkungen auf die Bürgerschaft und die Aufenthaltsqualität in unserer Stadt.

Die Stadtpolitik hat sich bereits seit Jahren darauf eingestellt nur noch als Bittsteller bei der Bundes- und Landesregierung aufzutreten und nach Subventionen, Fördermitteln, Konjunktur- und Stärkungspaketen zu rufen. Die Stadt hängt am Tropf und wird ohne eigene Sparmaßnahmen und Sanierungsbemühungen immer handlungsunfähiger.

Die Befürchtung, dass selbst bei weiteren Erhöhungen im Bereich der Steuern und Abgaben es trotz zusätzlicher Konsolidierungsmaßnahmen nicht gelingen könne einen strukturell ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, trifft meines Erachtens trotz temporärer Stärkungspakthilfen auf Oberhausen nach wie vor zu.

Der städtische Haushalt degeneriert sich immer mehr zu einer fremd bestimmten Transferzahlungs-Empfangsstelle. Der Aufwand für soziale Leistungen und Kinder-, Jugend- und Familienhilfe dominiert die Aufwandsseite. Hier sind insbesondere soziale Leistungen an Personen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen, Grundsicherung für Arbeitssuchende, wirtschaftliche Jugendhilfe, Tagesbetreuung und Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen auf hohem Niveau zu nennen.

Auf der Ertragsseite bilden Finanzausgleichsmittel des Landes inzwischen den größten Posten.

Die verheerende Schuldenpolitik des städtischen Parteien- und Verwaltungsapparates, sowie der Stadttöchter, erstickt die kommunale Handlungsfähigkeit und erdrückt die Zukunft jetziger und zukünftiger Generationen. Diesem Finanzdebakel muss eine zukunftsorientierte Politik der nachhaltigen Konsolidierung und Generationengerechtigkeit entgegengesetzt werden. In einer "Arbeitsgemeinschaft Haushaltskonsolidierung", bestehend aus Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürger sollten gemeinsam Konzepte zur Sanierung des Haushaltes erarbeitet werden. Diese müssten in einem Bürgerhaushalt einmünden und transparent mit allen Beteiligten öffentlich diskutiert werden.

Unsere Stadt braucht einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch. Moderne Wirtschaftspolitik schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze. Eine intelligente Wachstumspolitik braucht strategische Allianzen zwischen Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Dafür müssen dringend Hochschuleinrichtungen in Oberhausen angesiedelt und Forschungsallianzen gezielt gefördert werden. Der noch kurz vor den Wahlen groß angekündigte Versuch mit der Hochschulniederlassung für Tourismus und Eventmanagement scheint zwischenzeitlich gescheitert. Mit der Gründung eines "Zukunftsbeirats Wirtschaftspolitik" aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften sowie Bürgerinnen und Bürger müssen Wachstums- und Kompetenzfelder als künftig verlässliche wirtschaftspolitische Schwerpunkte erarbeitet werden (z.B. Biotechnologie, Medizintechnik, Information- und Kommunikationstechnologie o.a.).

Es reicht nicht, Einnahmeausfälle jeweils durch Steuer- und Abgabenerhöhungen ausgleichen zu wollen. Dazu müssen dringend organisatorische und strukturelle Veränderungen sowie eine ansiedlungsfreundliche Stadtplanung eingeleitet werden. Man muss kein Hellseher sein, um weitere Einnahmeausfälle durch die Erhöhung der Gewerbe- und Grundsteuersteuer vorauszusagen.

Seit Jahren wächst die Verwaltung der Stadt Oberhausen, ohne dadurch effektiver oder bürgernäher zu werden. Dringend notwendige Sparmaßnahmen werden gar nicht oder nur halbherzig angegangen. Einsparpotenziale gibt es durch Professionalisierung der Strukturen und Arbeitsabläufe. Der Stadt fehlt offensichtlich der Wille zur Optimierung und Umstrukturierung. Fast 2000 Menschen arbeiten derzeit in der

Kernverwaltung der Stadt Oberhausen. Eine Analyse der Gemeindeprüfungsanstalt belegt, dass keine vergleichbare Stadt in NRW so viel Personal beschäftigt. Die Verwaltung muss modernisiert und serviceorientiert ausgerichtet werden.

Die Neuorganisation des Verwaltungsapparates, die Rekommunalisierung der Stadttöchter, die Ansiedlung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen und die Senkung von Steuern und Abgaben sind seit Jahren überfällig, um finanzielle Spielräume zu erwirtschaften.

Eine interdisziplinäre Stadtentwicklung findet in Oberhausen nicht statt. Es fehlen Konzepte und Visionen, um die städtebaulichen Projekte zu einem plausiblen Ganzen zu führen. Es gibt keine verbindende ökologische oder ästhetische Idee – nur aktionistische Bemühungen die Wünsche der Investoren zu erfüllen und kurzfristige Erfolge zu erzielen. Die Stadtentwicklungsplanung muss aber die Steuerung der Gesamtentwicklung der Stadt übernehmen, die auch die gesellschaftliche, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Entwicklung beinhaltet. Stadtentwicklung verlangt somit eine interdisziplinäre, integrierte und zukunftsorientierte Herangehensweise. Die Stadtentwicklung muss die gesellschaftlichen Tendenzen, wie z.B. eine neue Beteiligungskultur (Bürgerbeteiligung), Lebensqualitäten im Quartier und nachbarschaftliche Kommunikation berücksichtigen.

Dringend notwendige Einsparmöglichkeiten könnten im Beteiligungsmanagement erzielt werden. Kommunale Unternehmen müssen wirtschaftlich effizienter arbeiten und dürfen nicht zum Spielball politischer Auseinandersetzungen werden. Bei allen Überlegungen der regierenden Stadtpolitiker stehen nach wie vor die politischen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten auf alle kommunalen Unternehmen, wie z. B. Verwaltung, OGM, Stoag, EVO und Stadtparkasse Oberhausen im Vordergrund.

Die städtischen GmbH's erfüllen ihre Aufgaben nur selten zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger. Dafür versorgen sie die Genossen in Führungspositionen mit fürstlichen Gehältern. Sie werden doppelt so gut entlohnt wie zu Zeiten als sie ähnliche Positionen in Stadtämtern innehatten. Der Sinn der Sache war es ursprünglich, dass sich diese Gesellschaften

anders als ein Stadtamt freier am Markt bewegen können und Aufträge hereinholen. Externe Aufträge blieben aus, so dass die Leistungen fast ausschließlich im Konzernverbund Stadt erbracht werden und sich die zu zahlenden Entgelte aufgrund des fehlenden Wettbewerbes an das Kostenniveau, zuzüglich an die Stadtkasse abzuführende Gewinnzuschläge orientiert. Hinzu kommt, dass alle Rechnungen mit einem Geschäftsbesorgungshonorar und mit Umsatzsteuer beaufschlagt werden müssen, so dass die Bürgerinnen und Bürger wesentlich mehr für die gleiche Leistung zahlen. Die großen Gewinner sind also in erster Linie die Geschäftsführer und leitenden Mitarbeiter dieser Unternehmen.

Heute sind die Stadttöchter Finanzierungsstrukturen, über die durch erhöhte Gebühren und verminderte Leistungen durch Rückvergütungen der städtische Haushalt bezuschusst wird. So sind mit der OGM für 2014 Einsparungen in Höhe von 8,7 Mio. € vereinbart worden. Das bedeutet eine Rückvergütung von ca. 9 Prozent auf das ges. Auftragsvolumen und ist völlig unseriös. Entweder ist die Leistung zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger überteuert vergeben worden oder die beauftragten Leistungen werden nicht in Gänze ausgeführt.

Die Stadt muss sich von ihrem kommunalen Tafelsilber trennen und Unternehmensbeteiligungen, Aktien, Grundstücke oder Immobilien verkaufen, um sich zu entschulden und die Zinszahlungen zu reduzieren. Statt zu sparen wirft die rot-grüne-gelbe Stadtregierung das Geld weiterhin mit vollen Händen zum Fenster hinaus: Mit fadenscheinigen Begründungen werden Schrottimmobilien, wie GartenDom, HDO-Gebäude und Markthalle für über 20 Millionen Euro erworben. Mit Steuergeldern werden hoch spekulative und risikoreiche Immobilien gekauft und die Banken als bisherige Eigentümer aus der Haftung entlassen. Nach jahrelangem Tiefschlaf in der Stadtentwicklung sollten hier kurz vor den Kommunalwahlen im Mai 2014 mit dem 26-Punkte-Programm Aktivitäten vorgeschoben werden, um das Image der Stadtregierung aufzubessern. Das 26-Punkte-Programm, von dem bisher kein Projekt realisiert werden konnte, ist ein Patchwork von notleidenden Gebäuden und hat mit einer strategischen Stadtentwicklung absolut nichts zu tun. Auf Grund der desaströsen Erfahrungen mit Immobilienprojektentwicklungen durch die Oberhausener Stadtpolitik (z.B. O-Vision und Bert-Brecht-Haus), hätten die Immobilien durch professionelle Projektentwickler gekauft und vermarktet werden müssen.

Mittlerweile scheint der OGM wirtschaftlich die Puste auszugehen. Die für 1,6 Mio. € gekauften Immobilien zur Errichtung des Jobcenters an der Marktstraße 29 hat die OGM nun für 2,1 Mio. € an die Stadttochter VZO verkauft. Eine satte Finanzspritze von 500 T€ an die OGM ohne ersichtliche Leistung. Die doppelte Zahlung der Grunderwerbsteuer in Höhe von 210 T€ ist zwar Steuerverschwendung, wird aber in Kauf genommen, da die VZO günstigere Kreditkonditionen als die OGM erhalten kann. Ein schlechtes Rating nach den europaweit einheitlichen Kriterien nach Basel II führen zu schlechteren Kreditkonditionen, da Ausfallrisiken mit eingepreist werden.

Genauso fragwürdig sind die energiewirtschaftlichen Beteiligungen, die bisher ausnahmslos zu Verlusten geführt haben und auch weiter führen werden. Die politischen Eingriffe in den Energiemarkt nach der Naturkatastrophe in Fukushima haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Neben dem Ausfall von Beteiligungsergebnissen musste eine außerplanmäßige Abschreibung von ca. 80 Mio. € vorgenommen werden, da es sich um eine voraussichtlich dauernde Wertminderung des RWE-Aktienpaketes handelt. Der Kämmerer, bzw. die Stadttochter STOAG hat durch Aktienspekulation mal eben Haushaltsmittel von ca. 80 Mio. € in den Sand gesetzt. Es wird doch nicht etwa ein gut dotierter, attraktiver RWE-Aufsichtsratsposten der Grund gewesen sein?

Viele Kommunen, darunter Gelsenkirchen und Düsseldorf waren deutlich schlauer und haben vor ca. 10 Jahren, bei einem Stand von ca. 50 € je Aktie einen Großteil der Aktien verkauft und mit dem Erlös zur Sanierung ihrer Haushalte beigetragen. Auch Düsseldorf hat zum richtigen Zeitpunkt verkauft, machte sich damit schuldenfrei, so dass die Kindergartenplätze heute kostenlos angeboten werden können. Was hätte man mit den verzockten 80 Mio. € in Oberhausen alles verbessern können?

Einige Ruhrgebietsstädte, so auch Oberhausen, haben sich weiter verschuldet, um von Evonik das Unternehmen Steag zu kaufen. Es kann nicht sein, dass Städte, die nur noch mit Stärkungspaketen über Wasser gehalten werden können, sich über die Steag an Kraftwerken in der Türkei und Kolumbien beteiligen. Wie soll ein Rat objektiv darüber befinden, ob die Steag ihre wirtschaftlichen Aktivitäten auch auf Indien ausdehnen soll?

Das Bäderkonzept geht auch nicht auf. Die Folge: Weniger Besucher wegen der teuren Eintrittspreise und höhere Kosten für die Stadt. Dem will die OGM nun mit einer neuen Investition in Höhe von 4,3 Mio. Euro für eine kinderfreundlichere Gestaltung und einen Anbau für Umkleieräume für Schulen und Vereine abhelfen. Damit wird die Kostenspirale nur noch weiter nach oben gedreht.

Der Aquapark wurde erst im Dezember 2009 eröffnet, hat ca. 20 Mio. Euro gekostet und die Kalkulation basiert auf 600.000 Besucher pro Jahr. Gekommen sind in 2013 jedoch nur knapp 410.000 Besucher, so dass der Zuschuss durch die Stadt erhöht werden musste.

Mit einem einfachen Dreisatz kann jede Bürgerin und jeder Bürger errechnen, dass sich bei einer zusätzlichen Investition in Höhe von 4,3 Mio. Euro die Besucherzahl auf 729.000 pro Jahr erhöhen müsste, um die Kosten zu decken. Das würde eine Steigerung von 319.000 Besuchern bedeuten und ist doch völlig unrealistisch. Wo sollen die Besucher herkommen? Außerdem sei die Frage erlaubt, warum bei verminderten Besucherzahlen ein Ausbau des Umkleidebereiches erforderlich ist?

Oberhausen hat den Strukturwandel bisher nicht geschafft. Die Verantwortlichen haben auf ein riesiges Einkaufszentrum, das Centro, gesetzt. Die hohen Investitionen in Infrastruktur und Instandhaltung stehen heute im Missverhältnis zu den geschaffenen Arbeitsplätzen und den Steuereinnahmen. Auch die Steuereinnahmen sind weit hinter den Erwartungen geblieben, da die Filialbetriebe nur zu einem Zerlegungsanteil in unserer Stadt versteuert werden.

Neben dem Centro sollte ehemals ein Freizeit-Wissenschaftspark zum Thema "Marktplatz der Gesundheitswirtschaft", später ein „Multimediales Center NRW“, die „Gläserne Flugzeugfabrik“, der „Gläserne Mensch“ oder ein „Ski-Dome“ errichtet werden. Tatsächlich wurde ein Pflanzenhandel, ein Baumarkt, die Filiale einer Discounter-Kette und eine häufig als „UFO“ bezeichnete Großspielhalle realisiert. Hier ist eine große Chance vertan worden. Das Ganze hat mit einer geplanten städtebaulichen Entwicklung nichts zu tun und orientiert sich eher an die Anforderungen der wenigen Ansiedlungsinteressenten.

Im Jahre 2006 erfolgte der Verkauf der Grundstücke durch die eigens für das O.Visions-Projekt gegründete Stadttochter und Grundstückseigentümerin PBO (Anteilseigner: Stadtparkasse Oberhausen mit 9%, STOAG mit 51% und EVO mit 40%). Die Anteilseigner, sämtlich Stadttochter ohne Immobilienkompetenz, beteiligen sich an hoch spekulativen Immobilien, obwohl sie ihre eigenen originären Aufgaben kaum erfüllen konnten. Heute leiden die Bürger unter den Ergebnissen dieser Eskapaden: der Busverkehr wird ausgedünnt bei steigenden Fahrpreisen, die Energiekosten werden ständig erhöht.

Nachdem die PBO 29 Millionen Euro Schulden durch Kauf- und Planungskosten angehäuft hatte, kam das Aus, weil die Landesregierung der überschuldeten Stadt Oberhausen aus Gründen der Kommunal- und Haushaltsaufsicht keine weiteren öffentliche Fördergelder bewilligte. Das Projekt sei wirtschaftlich zu riskant.

Das finanzielle Risiko des Projekts war nach Ansicht des Kabinetts auch bei der damaligen Haushaltslage weder für das Land noch für die Stadt Oberhausen tragbar. Die Stadt Oberhausen finanzierte ihre laufenden Ausgaben schon damals zu fast 100 % über Kassenkredite. Der städtische Haushalt wurde außerdem in Millionenhöhe durch das fehlgeschlagene Engagement für das Musical „Tabaluga“ belastet. Bei rund 1,2 Milliarden Euro Schulden (das war der Schuldenstand 2006 / heute fast 1,9 Milliarden Euro) hatte die Stadt keinen finanziellen Spielraum mehr.

Durch das O.Visions-Ende ist der Wert des Areals stark gesunken. Es drohte die PBO-Pleite mit unabsehbaren Folgen für die Stadt Oberhausen, so dass ein „Notverkauf“ an den nordirischen Investor, der Euro Auction Immobilien GmbH erfolgte, die bislang aber nicht durch städtebauliche Entwicklungen, sondern durch die Versteigerung von Baufahrzeugen und Bagger in Erscheinung getreten war. Der Kaufpreis für das 46 Hektar große Areal betrug 37 Millionen Euro, also etwas über 80 Euro / qm für ein erschlossenes Grundstück.

Die Stadt hat die Entwicklung ihres einzigen Filetgrundstückes in die Hände eines irischen Baggerhändlers gelegt. Bei den günstigen Kaufkonditionen ist er heute offensichtlich weniger an ein Verkauf der Grundstücke interessiert, als vielmehr an einem weiteren satten Spekulationsgewinn.

Diese missliche Situation der Stadt Oberhausen ist nicht gottgegeben, sondern ist einzig und allein von den Politikern der Partei zu verantworten, die seit fast 70 Jahren bis heute ohne Unterbrechung die Geschicke unserer Stadt bestimmten.

Der Haushalt, der heute eingebracht wird, dokumentiert die weiterhin negative wirtschaftliche Entwicklung und die damit verbundene Handlungsunfähigkeit. Das Bündnis Oberhausener Bürger wird die Vorlage ablehnen, da der Haushalt 2015 keine ausreichende Konsolidierungsbemühungen und keine Perspektiven aufzeigt,

1. durch welche Maßnahmen die Stadt wieder finanzielle Freiräume gewinnen will, um die kommunale Infrastruktur in einen ordnungsmäßigen Zustand zu versetzen und die Stadt wieder attraktiver und konkurrenzfähiger zu machen.

2. durch welche Maßnahmen der Strukturwandel erfolgreich gestaltet und beendet werden soll

3. durch welche Maßnahmen die hohen Soziallasten, insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit, beseitigt werden soll

4. durch welche Maßnahmen die Stadt der Intransparenz der Rückvergütungen durch die Stadttöchter begegnen will.

Die Stadt braucht einen wirtschaftlichen Neuanfang. Die Bürgerinnen und Bürger haben ihn verdient.

Danke für ihre Aufmerksamkeit.